

# Landeszeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Landeszeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (inkl. Porto) beträgt 2,00 Reichsmark. Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Die Postzeitung wird an jedem Montag geliefert. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Die Postzeitung wird an jedem Montag geliefert. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen.

### Neues in Kürze.

#### Drachmefunden und Radiotelegramme.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von rund 2 017 000 am 15. März 1926 auf 1 942 000 am 1. April 1926, d. h. um 3,7 v. H. zurückgegangen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 702 000 auf 1 624 000 vermindert, während bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern eine kleine Zunahme von 315 000 auf 319 000 eingetreten ist. Die Befragung ist im wesentlichen auf Arbeiterstellungen in der Landwirtschaft zurückzuführen.

Die kommunistische Parteileitung hat an die Sozialdemokraten die Anfrage gerichtet betreffend der Haltung der Partei in der Fürtienabfindungsfrage. Inzwischen sind die neuen kommunistischen Parteifunktionäre gegen Regierung, Leuzung und Fürtienabfindung auf den 27. April anberaumt worden, dem Tage des Wiederzusammentritts des Reichstages.

Janos meldet den Eingang des Berichtes des Reparationsagenten für März an die Reparationskommission. Der Bericht komme zu dem Schlusse, daß auch für das begonnene Vierteljahr keine Beinträchtigung und Schwächung der Darlehensgänge zu erwarten sei. Im übrigen wiederholt der Bericht den Einpruch des Reparationsagenten gegen die erfolgten deutschen Steuermitteilungen.

Die Reichsministerkonferenz hat gestern vormittag eine Sitzung abgehalten, die sich, wie der „Tempo“ wissen will, besonders mit der Entlohnung des Reichslands und den Arbeiten der internationalen Militärkontrollkommission in Berlin befaßte. — Wieder einmal Entlohnung Deutschlands „im Geiste von Locarno“, aber nicht Entlohnung der anderen.

Der deutsche Volksschule in Kamisch in Polen ist ein Ultimatum gestellt worden, ihre Räume sofort der polnischen Schule zu überlassen. Die deutschen Kinder in Kamisch und Umgebung sind jetzt genötigt, die römisch-katholische Schule ihrer Ortsgemeinde zu besuchen.

Der Londoner „Daily Mail Herald“ hält es für fast sicher, daß die Abrüstungskonferenz verfohlen wird. Die französische Regierung werde eine dahingehende Vorlesung machen. Dieser Entschluß sei auf Grund von Boncour Warshawer Bepredungen mit Vertretern der polnischen und rumänischen Regierung zustande gekommen. Auch die halbamtliche Londoner „Morningpost“ hält die Verschiebung für wahrscheinlich.

Der Verwaltungsrat der französischen Eisenbahnen hat eine Sprö. Erhöhung der Person- und Gütertarife beschlossen.

An der französischen Riviera in Nizza wurden 2 Franzosen verhaftet unter dem Verdacht, einer Frankreich benachbarten Mittelmeerfahrt Dokumente über die Organisation des 2. Bureau (d. h. des Nachrichtenbureaus) im Kriegsministerium ausgehändigt zu haben. Die beiden Angeklagten werden nach Paris gebracht. — Bald wird in England französische, bald in Frankreich englische, bald italienische Militärspionage aufgedeckt: die Militärs denken also an Krieg, aber sie reden von Frieden — und wir Deutschen glauben den Worten statt den Taten.

Der Pariser „Herald“ meldet aus Madrid, auch das Offizierskorps der Marine habe dem Ministerpräsidenten seine ersten Bedenken wegen der vorzeitigen Abbruchs der Maroff-Operationen zum Ausdruck gebracht. Bisler sei eine Wendung in der Haltung des Kabinetts nicht eingetreten, doch habe man Befürchtungen vor einer unglücklichen Einwirkung auf die Stimmung in Meer und Marine, falls Spanien aus den Friedensverhandlungen nicht als unbedingt Sieger hervorgehe.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Moskau: Der Sturz der russischen Währung hat in Moskau zu schrecklichen Streiks geführt. Die Sowjetregierung hat im Prinzip für die Stadtgemeinden der Wiedereinführung von Lebensmittelkarten zugestimmt. In Handel und Verkehr machen sich die Anzeichen des neuen Währungs- zusammenbruchs bemerkbar: ausländische Niederlassungen beginnen zu liquidieren. — Und Deutschlands 300-Millionenrente an Rußland?

### Rückversicherungsvertrag mit Sowjetrußland?

Halbamtlich wird mitgeteilt: In einer Meldung der Londoner „Times“ wird behauptet, es fände der Abschluß eines Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Rußland bevor, die deutsche Regierung habe diesfalls Bepredungen in London und Paris gehabt und die bestimmte Versicherung erhalten, daß ein solcher neuer Vertrag in keiner Weise mit dem Locarnovertrag im Widerspruch stehen würde.

Diese Meldung der „Times“ ist in dieser bestimmten Form nicht zutreffend. Besonders kann nie die Rede davon sein, daß zwischen Deutschland und Rußland ein Rückversicherungsvertrag abgeschlossen werden soll, aber schon seit Beginn der Sicherheitsverhandlungen mit den Westmächten haben auch Ermügnungen zwischen Rußland und Deutschland über die Präzisierung des gegenseitigen Verhältnisses gegenüber der Patropolitik von Locarno stattgefunden.

Bei diesen Bepredungen ist von deutscher Seite immer wieder betont worden, daß die Locarno-Verhandlungen die deutsch-russischen Beziehungen nicht ändern. Es ist in bekannt, daß die deutsche Regierung eine Umstellung ihrer politischen Orientierung immer abgelehnt und

erklärt hat, daß der Locarnovertrag für Deutschland keine Option für den Westen gegen den Osten bedeute.

Alle diese politischen Bepredungen mit den Westmächten auf der einen und Rußland auf der anderen Seite sind immer parallel verlaufen, und genau so wie Deutschland Rußland über Ziele und Inhalt der Locarnoabmachungen unterrichtet hat, so fand auch die Westmächte stets über die deutschen Bepredungen zu Rußland informiert worden. Ob und wann etw. diese Bepredungen eine konkretere Form annehmen und zu schriftlicher Fixierung kommen können, steht durchaus dahin. Insofern hat also die Meldung der „Times“ keine tatsächliche Grundlage.

Nur „insofern“ hat die Timesmeldung keine tatsächliche Grundlage. Die halbamtliche Erklärung enthält aber eine außerordentlich begehrenswürdige Lausche von größter Bedeutung: daß unsere Außenpolitik fest entschlossen ist, mit dem etwaigen Eintritt in den Völkerverbund Deutschlands in die Wiener unterzogen, die England gegen Rußland verfolgt, sondern die völlige Neutralität Deutschlands zu wahren.

### Das amtliche Ergebnis des Volksbegehrens.

#### 12 523 539 Eintragungen.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hielt am Mittwoch unter Vorsitz des Reichswahlleiters Prof. Dr. Wagemann eine öffentliche Sitzung zur Festhaltung des endgültigen Ergebnisses des Volksbegehrens in der Frage der Fürtienabfindung ab. Der Reichswahlprüfungsausschuss stellte fest, daß im gesamten Reichgebiet (Deutsches Reich ohne Saargebiet) 12 523 539 Eintragungen erfolgt sind. Das vorläufige Ergebnis betrug bekanntlich 12 512 000 Eintragungen.

#### Im Einzelnen

beträgt die Zahl der gültigen Eintragungen in Preußen 7 530 661, in Bayern 751 734, Sachsen 1 541 066, Württemberg 467 835, Baden 500 238, Thüringen 422 680, Hessen 325 609, Hamburg 395 838, Mecklenburg-Schwerin 104 987, Braunschweig 112 015, Oldenburg 58 912, Anhalt 89 624, Bremen 82 544, Lippe 36 250, Mecklenburg-Vorpommern 11 558, Waldeck 4903, Schaumburg-Lippe 10 500.

Die Gesamtzahl der für die Sozialdemokraten, Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen betrug, um diese Zahl den 12 523 539 Stimmen zum Volksbegehren gegenüberzustellen, 10 688 998. Die Zahl der ort-

ansässigen Stimmberechtigten für die Reichspräsidentenwahl (2. Wahlgang) am 26. April 1925 betrug 39 421 617. Die Zahl der gültigen Eintragungen für das Volksbegehren ergab im ganzen Reich 11,7 Prozent der Gesamtzahl der für die Linke am 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen und 31,8 Prozent der Zahl der Wahlberechtigten bei der Reichspräsidentenwahl.

Außerordentlich charakteristisch und bedeutungsvoll ist die ganz unerbittlich hohe Zahl der Eintragungen in Preußen und Sachsen, die unerbittlich geringe Zahl in den übrigen Ländern. Die Gefahr, die der kommende Volksentscheid für die Einheit des Reiches und die Beziehungen der übrigen Länder zu Preußen bringt, wird dadurch offensichtlich, zumal auch in Preußen die Stimmabgabe ganz ungleichmäßig und in den Agrargebieten und den katholischen Teilen ganz anders als in den „protestantischen“ (richtiger unreligiösen) Mittelgebieten ist. Im übrigen wird man, angelehnt der hohen Stimmzahl gerade in Preußen, sich nicht verhehlen dürfen, daß das Volksbegehren vor allem ein Entschloß gerade gegen die preußische Königsfamilie, gegen die Hohenzollern war. Auch wenn man diese Schlüsse an die hohen Zahlen durchaus nicht billigt, muß man sie in ihrer politischen Bedeutung sehr ernstlich beachten.

### Schlechter Stand der Luftverhandlungen.

Der „Wall. An.“ meldet aus Paris: Die deutsche Kommission für die Luftfahrerverhandlungen hat die Verhandlungen unterbrochen, um von Berlin neue Instruktionen einzufordern. Den Pariser Morgenblättern zufolge liegen die Schwierigkeiten in der Behauptung der Franzosen, deutsche Flüge über das belgische Gebiet zu gestatten.

— Also nicht einmal Befliegung des belgischen Gebietes, geschweige denn gleiches Recht für beide, Frankreich wie Deutschland zu überfliegen?

### Lohnbewegung der Beamten in Frankreich.

Teilweise der Postbeamten in Paris. Da die Pariser Regierung zur Frage der Lohn-erhöhung noch keine Entscheidung getroffen hat, ist gestern Nachmittag in der Hauptpost ein Teilstreik ausgebrochen. Zur Aufrechterhaltung des Post- und Telephonverkehrs ist ein umfangreicher Sicherheitsdienst eingerichtet.

Ministerpräsident Briand empfing gestern mittag eine Abordnung der Postbeamten, die ihm ihre Wünsche vorbrag. Auch unter den sonstigen Staatsbeamten macht sich seit einigen Tagen eine Lohnbewegung bemerkbar. Trotz miserablen Lebensstandes sind Verhandlungen von Seiten der Gewerkschaften in unrichtiger Richtung statt. An verschiedenen Bahnhöfen versammelten sich die Staatsarbeiter und versuchten, in geschlossenen Zügen nach dem Opernplatz zu marschieren. Etwa 300 Personen wurden festgenommen. Ein Zwölftel Postbeamte wurden verhaftet, darunter sechs Lehrer.

### Generallstreik der Beamten in Polen.

Nach Meldungen aus Polen haben die Leuzungsbeamten in Polen zu einer Generallstreikbewegung der Beamtenklasse geführt. In Verbindung mit den Gewerkschaften der Arbeiter wird die Wiedereinführung von gleitenden Gehältern und Löhnen gefordert.

### Erwerbslosenkrawalle in Warschau.

In Warschau rotteten sich abermals vor dem staatlichen Arbeitsvermittlungsbüro und dem Arbeitsministerium gegen 1000 Erwerbslose zusammen, die alsbald eine drohende Hungersnot nahmen und in das Innere der Gebäude einzudringen versuchten. Schutzmännchen, die sich anboten, die Demonstranten zu zerstreuen, wurden von der Menge mit Steinen beworfen. Mit Hilfe herbeigerufenen Wärters gelang es endlich, die Ordnung wiederherzustellen. Bei der Säuberungsaktion wurden vier Schutzeute verletzt; über 70 Demonstranten wurden verhaftet.

### Coolidge für Freigabe des deutschen Eigentums.

Nach einer Meldung der Associates Press aus Washington erklärte der Schatzsekretär Mellon gestern im Auschuß des Repräsentantenhauses, daß die schwebende Gesetzesvorlage über Freigabe des im Krieg beschlagnahmten deutschen Eigentums die Billigung des Präsidenten Coolidge gefunden habe und daß das Schatzamt auf ihre schnelle Behandlung in der gegenwärtigen Kongresssitzung dringen werde.

### Gib's ja gar nicht!

#### Wen? was?: Den Kommunismus.

Wieder einmal hat die Mißachtung Rußlands, an der geplanten vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf teilzunehmen, und haben die jetzigen Erklärungen in Rußland gezeigt, daß die Herrscher dieses Landes eine von allen demokratischen Nationen freie, treue und durch nationale Unabhängigkeit treiben. Und wieder wird in aller Welt und auch bei uns von ihnen neugierig, in Rußland herrsche ein ganz anderes, und zwar völlig neues System, nämlich der Kommunismus. Und wieder wird das auch bei uns von Millionen von Reichsgläubigen geglaubt, die immer noch nicht getraut haben, daß in der Diplomatie heute die einst und überall das Wort Tapferkunds gilt, daß Worte dazu bei sind, die Gedanken zu verbergen, daß zwischen Wort und Wirklichkeit ein Unterschied ist wie zwischen den Schätzen, die der große Peter Paul Rubens einst seinem Väter auf die Lippen malte, und dem wirtlichen Gold, mit dem er hätte bezahlen sollen. Wieder einmal muß also für die, die ersten Willen zur Erkenntnis haben, zwischen Schein und Wirklichkeit in Rußland geschieden und festgestellt werden: den vielberühmten Kommunismus gibt es gar nicht; mißtrauen nicht in Sowjetrußland. Man sagt zwar: in Rußland herrscht der Kommunismus. Aber das ist eine Täuschung. In Rußland herrschen Lenin — Trotski, dann Lenin allein; und vielleicht demütigt Trotski allein, oder Stalin, oder Rykow, oder irgendein anderer oder eine Gruppe von anderen. Aber ist das Kommunismus?

Kommunismus ist Gleichheit aller. Gibt es das in Rußland? Keineswegs. Lenin und seine Gefährten, heute Trotski und Gefährten, befehlen, die anderen gehorchen. Wie bei den anderen, wenn sie, fast zu gehorchen, auf Grund des „Kommunismus“, der Gleichheit aller, dem Lenin oder einem der Führer befehlen wollen: nirgends wird so unerbittlich befohlen und unerbittlich gehorcht wie im „kommunistischen“ Rußland.

Das ist in diesem großen Reich, des Ostens nichts Ungewöhnliches. Zwar unter den letzten Jaren, ja fast allen deutschblütigen Jaren war es nicht ganz so: da war die völlig absolute Befehls-gewalt gemildert, bald mehr, bald weniger, durch die Tradition, durch die zu milderen, fast schwachen, aber manchmal recht stark, des Adels, der Kirche, der Beamtenklasse, ja teilweise auch des Volkes. Aber ein Stück zurück in der russischen Geschichte: zu Ivan dem Schrecklichen oder noch früheren Beherrschern des Moskauer Kreml. Man kann auch ruhig noch weiter in der Geschichte zurückgehen: zu den großen Mongolenfürsten Tschingischan oder auch Altai. Soweit es bekannt ist, gab es bei denen eine ähnlich unerbittliche Befehls-gewalt und ähnlich unerbittlichen Gehor-sam. Und nicht nur bei ihnen: viele abwärts durch nichts oder fast nichts, nicht ungeschänkte Herrschaft und Unterordnung ist geradezu die geschichtliche, die typische Herrschaftsform Afriens und seiner Grenzgebiete, der genau er folgt, der mongolischen und ihnen verwandten Rassen. Da gegen dürfte Entsetzliches bei den sonstigen Kulturvölkern überhaupt nie oder nur vorübergehend möglich gewesen sein.

Man sagt zwar: auch die „Kommunisten“ haben Rechte. Aber zunächst: was sind „Kommunisten“ im russischen Sinne? Eine kommunistische Partei im üblichen dem Begrifflichkeit der Demokratie und der liberalen „Bourgeoisie“ entnommenen Sinne einer politischen Gruppe, der jeder beitreten kann, existiert in Rußland gar nicht. Die Kommunisten bilden keine Partei, sondern sind ganz ähnlich der Ritterchaft in der „Ständesystem“ des Abendlandes eine Art von „Standesherrn“, bilden einen besonderen „Stand“, eine Art großen Ordens, in den man nur auf Grund besonderer Verdienste gegenüber den Landesherren und sojagun nur durch „Ritterchaft“ aufgenommen wird. Solche russischen „kommunistischen“ Ritter oder Standesherrn gibt es eine im Vergleich zur einstigen Ritterchaft des Abendlandes und zur heutigen Bevölkerungszahl Rußlands nur sehr kleine Zahl von 400 000—500 000. Alle übrigen, die 120 bis 150 Millionen Russen Rußlands, sind keine „Kommunisten“ im russischen Sinne; sie haben zu arbeiten, wenn sie nicht zerhungern oder betteln wollen, und vor allem: sie haben zu gehorchen. Damit basta.

Die Herrschaft der Rechte der wenigen „Kommunisten“, die fast rund 300 Millionen Russen betreffen, sind aber keine Rechte in der sonst üblichen, bei allen Kultur-völkern der Weltgeschichte geltenden Bedeutung, denn es besteht für sie keinerlei feste Garantie; es sind „Gnadenbeweise“ der Herrscher, die jederzeit widerrufen und auf ein Geheiß widerrufen werden, wenn es „das Parteinteresse“ oder „die Parteigliedert“ oder andere moderne Worters

